

Kirsten Maas-Albert

Afrika und der Nahe Osten – Verlierer oder strategische Partner?

»Eine neue Weltordnung entsteht, und damit treten wir in eine neue Ära internationaler Zusammenarbeit ein«, so versprach Gordon Brown, britischer Premier und Gastgeber beim G20-Gipfel in London. Unzweifelhaft wurde dieser Gipfel als eines der bedeutendsten Foren in Zeiten global bedrohlicher Krisen angesehen. Doch solche Töne aus der Metropole des einstigen Empires wirken in anderen Teilen der Welt wenig vertrauensenerweckend. In London berieten 24 Vertreter über eine Welt von 190 Staaten. Das gibt zu denken. Vor allem in Afrika und dem Nahen Osten, die nur durch je einen Staatsführer (Südafrikas und Saudi Arabiens) repräsentiert waren, und sich bislang bei den globalen Neuordnungsbemühungen als Verlierer fühlen dürften.

Nach dem Crash an der Wall Street sind neben den sogenannten Schwellenländern auch die Entwicklungsländer viel stärker betroffen als man zunächst vermutet hatte. Schon in diesem Jahr droht die Wirtschaftskrise in mehr als der Hälfte der Entwicklungsländer (und in zwei Drittel bis drei Viertel der afrikanischen Staaten) insgesamt bis zu 90 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze zu treiben. Die Krise überträgt sich anders als in den Industrienationen weniger im Bankensystem als durch den Einbruch des Handels, durch Preisverfall, sinkende Nachfrage, fallende Heimatüberweisungen und rückläufige ausländische Investitionen sowie einem schlechteren Zugang zu den Kapitalmärkten.

Afrikas erfreuliche Wachstumsraten der letzten Jahre haben damit einen erheblichen Einbruch erlebt – laut Afrikanischer Entwicklungsbank von 6,2 % in 2007 auf erwartete 2,8 % im Jahr 2009. Im Nahen Osten sank die Wachstumsrate von 5,5 % in 2008 auf erwartete 3,3 % in diesem Jahr. Für den Chefökonom der Weltbank, Justin Yifeng Lin, ein »fürchterlicher Verlust an Wohlstand« und eine Krise vor allem auch der menschlichen Entwicklung. Die UN-Millenniumsentwicklungsziele für 2015 werden damit zum unerreichbaren Traum.

»Für uns in Nigeria hätte die Krise nicht



Kirsten Maas-Albert

(* 1966) war u.a. Nahost-Redakteurin der taz und Leiterin des Büros Arabischer Naher Osten der Heinrich-Böll-Stiftung. Seit 2007 ist sie dort Leiterin der Afrika-Abteilung.

maas-albert@boell.de

zu einem schlechteren Zeitpunkt kommen können«, schreibt der ehemalige Vize-Direktor der nigerianischen Zentralbank und Direktor des Center for Policy and Economic Research in Abuja, Obadiah Mailafia. »Erst kürzlich konnten wir durch die Zahlung einer stattlichen Summe von 13 Milliarden US-Dollar an den Pariser Club unsere Schulden tilgen (...) Bis März letzten Jahres war der nigerianische Kapitalmarkt in Bezug auf die Rendite der weltbeste.« Für Nigeria, dessen Auslandseinnahmen zu 90 % von Rohölexporten abhängen, bedeutet der Verfall des Weltpreises für Erdöl einen drastischen Einbruch der Einnahmen. Das eben noch boomende Angola trifft es noch härter: Hier ist die Wachstumsrate von 20,9 % in 2007 auf erwartete 7,6 % abgesunken.

Äthiopien hatte als eines der ärmsten Länder der Welt nicht ernsthaft angenommen von den Schockwellen des Finanz-Tsunamis erreicht zu werden. Erst als im

Oktober 2008 die großen Börsen beinahe zusammenbrachen, begriff man, dass etwa 1,5 Millionen in den USA lebende Äthiopier von der dortigen Rezession betroffen sein würden und ihren Familien in der Heimat nicht mehr die bislang üblichen Beträge überweisen könnten. Die zu erwartenden steigenden Arbeitslosenzahlen in Europa werden unmittelbare Auswirkungen auf die Rücküberweisungen der Arbeiter Marokkos, Algeriens und Tunesiens haben (in Nordafrika bzw. dem Maghreb, der geografischen Schnittstelle beider Regionen).

Eine Vielzahl der von Entwicklungshilfe lebenden Länder erfahren, wie sensibel die bi- und multilaterale Hilfe auf wirtschaftliche Krisenerscheinungen reagieren. Ein Land wie Kenia, das sich gerade auch wirtschaftlich erst von den schweren Unruhen infolge der Wahlen vom Dezember 2007 erholte, befürchtet vor allem Ein-

brüche im Tourismus. In Südafrika sind die verarbeitende Industrie und der Groß- und Einzelhandel von einer sinkenden Binnennachfrage getroffen. Die anstehenden Entlassungen in Branchen wie der Automobilindustrie werden keinen guten Start für den gerade gewählten Präsidenten Jacob Zuma zulassen. Angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise nahm die südafrikanische Regierungspartei ANC schon im Wahlkampf das Versprechen »a better life for all« zurück und formulierte eine Zukunft für die verarmte schwarze Bevölkerung, in der es gilt selbst mit anzupacken: »working together we can do more«.

In den meisten anderen afrikanischen Ländern waren die im Vorjahr herrschende Preissteigerung von Nahrungsmitteln zunächst das größere Problem. Strukturelle Probleme bei der Nahrungsmittelproduktion hatten in vielen Ländern seit Jahren erhebliche Importe notwendig gemacht. In der zweiten Jahreshälfte 2008 zeichnete sich eine schwere Hungerskrise am Horn von Afrika ab. Ein Problem, das den Nahen Osten ähnlich stark traf: Auch aus Kairo kamen Meldungen über Massenproteste angesichts steigender Preise für die Grundnahrungsmittel. Auch die globale Klimakrise wird auf dem afrikanischen Kontinent die weltweit schlimmsten Auswirkungen zeigen, obwohl die Staaten Afrikas kaum zum weltweiten CO₂-Ausstoß beitragen.

Für die Bevölkerungen Afrikas und des Nahen Ostens, die gleichsam unter zumeist schlechter Regierungsführung und korrupten Machenschaften der eigenen Eliten leiden, besteht die Herausforderung darin, ein gesundes Equilibrium zwischen der für die eigene Entwicklung so wichtigen Leistungsfähigkeit ihrer nationalen Märkte und einem sozial (und ökologisch nachhaltig) regulierenden Staat zu finden.

Doch die global anstehenden Reformen dürften genauso entscheidend für die Zukunft beider Regionen sein. Ein Beispiel sind die dringend notwendig gewordene

Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank: die auf dem G20 in London für Entwicklungsländer bereitgestellten 240 Milliarden US-Dollar dürfen nicht wieder an unverträgliche und konjunkturhemmende Bedingungen an die Regierungen des Südens gekoppelt werden. So wie die Kreuzritter des »freien Spiels der Märkte« plötzlich Schutz beim bislang so verpönten Staat suchen und dabei Grundwerte des Casino-Kapitalismus aufgeben, so suchen die am stärksten betroffenen reichen Staaten die ärmeren in die Pflicht zu nehmen. Zwar wurde in London dem vielfach anvisierten Protektionismus eine vorläufige Absage erteilt, doch wurde dabei kaum differenziert: Entwicklungsländer aber brauchen einen gewissen Protektionismus um ihre Industrien überhaupt entwickeln und Kleinbauern schützen zu können.

Auf dem afrikanischen Kontinent wie im Nahen Osten ist man sich bei der Schuldfrage für die jetzige Krise geradezu einig: Auf die USA wird gedeutet, und insbesondere auf die Abkehr vom Multilateralismus unter der Bush-Administration. Diese, gekoppelt mit den »militärischen Abenteuern« in Afghanistan und im Irak, hätten das amerikanische Volk »verarmen« lassen und zum »Chaos« auf internationalen Märkten beigetragen. Der jetzigen Administration unter Obama hingegen stehen teils vielleicht überzogene Hoffnungen gegenüber.

Reale Chancen für ein stärkeres Gewicht

Wie könnte es also Afrika und dem Nahen Osten gelingen, in einer neuen Weltordnung doch nicht abgehängt zu werden? Afrika produziert gerade einmal 3 % des globalen Bruttosozialprodukts. Doch aufgrund seiner Bedeutung als Fundort strategisch wichtiger Rohstoffe könnte es zu mehr Mitsprache drängen. Zunehmende

Verarmung und weiterhin ungelöste Konflikte und Kriege hingegen sind ein nicht unerhebliches Gefahrenpotenzial und suchen in einer auch sicherheitspolitisch neu zu fassenden Ordnung nach Antworten. Wichtig für die globale Sicherheitslage wird auch sein, wie sich die Konflikte des Nahen Ostens weiter entwickeln, die von strategischem Interesse für die USA und Europa sind und was bei den Verhandlungen über einen Nachfolge-Atomwaffen-Sperrvertrag 2010 herauskommt.

Die Verknüpfungen der globalen Krisen sind nirgends deutlicher zu spüren als in Afrika: Klimawandel, Nahrungsmittelkrise und Wirtschaftskrise drängen den Kontinent weitgehend unverschuldet in unerreichbare Ferne von den Millenniumsentwicklungszielen. Ein Zusammendenken der Krisen und Bewältigungsaufgaben sollten also gerade hier ansetzen und Anstöße für die globalen Regulierungsmechanismen entwickeln.

Die afrikanischen und arabischen Staaten, die in den Club der Reichen drängen erheben ihre Stimme bislang zumeist mit Forderungen. Sie unterbreiten aber stärker als bisher auch Vorschläge, wie die Welt neu zu ordnen sei. Weder die Arabische Liga noch die Afrikanische Union erscheinen bislang jedoch als geeignete Zusammenschlüsse, um unüberhörbares Sprachrohr für diese Forderungen und Vorschläge zu sein. Südafrika hat der eigenen Stimme bereits durch den Zusammenschluss mit Indien und Brasilien (in IBSA) mehr Gewicht gegeben. Subregionale Zusammenschlüsse und Strategiebildungen sind hingegen in beiden Regionen noch zu schwach und werden wenig wahrgenommen. Die dringend notwendige strukturelle Reform der Konditionalitäten vor allem des Internationalen Währungsfonds wirklich durchzusetzen, bedarf weitaus mehr strategischen Handelns als es die beiden Regionen bisher gezeigt haben. So bleibt man wieder vom *good will* der Industrienationen abhängig.